

**Israel at 65 –
Between Domestic Change and Regional Instability
KAS & AJC Seminar in Israel on the German-US-Israeli-Relationship**

13.-19. Juli 2013

Hintergrund

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und das American Jewish Committee (AJC) verbindet eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, die seit mehr als 30 Jahren besteht. Kernelement dieser Kooperation ist das deutsch-amerikanische Austauschprogramm, das beide Partner gemeinsam verantworten.

Einmal im Jahr organisiert die KAS ein Besucherprogramm für AJC-Mitglieder aus den USA in Deutschland. Das Programm verfolgt das Ziel, den amerikanischen Teilnehmern einen Eindruck davon zu vermitteln, wie die Bundesrepublik mit ihrer historischen Verantwortung für den Holocaust umgeht und sich um Aufarbeitung, Erinnerung und Prävention bemüht. Zugleich werden den Teilnehmern Kenntnisse über die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der jüngsten Zeit in Deutschland und Europa vermittelt und Möglichkeiten zum Dialog mit deutschen Gesprächspartnern über Fragen des deutsch-jüdischen Verhältnisses gegeben. Das Austauschprogramm bietet darüber hinaus den amerikanischen Gästen die Gelegenheit, einen Einblick in das Leben und den Alltag der jüdischen Gemeinde in Deutschland zu erhalten.

Umgekehrt reist ebenfalls jährlich eine Gruppe deutscher Nachwuchskräfte in die USA, um dort die Bedeutung sowie die Arbeits- und Funktionsweise des AJC kennenzulernen. Den Teilnehmern bietet sich darüber hinaus die Gelegenheit, ein Verständnis für die aktuellen politischen Entwicklungen in den USA zu entwickeln, das dortige jüdische politische und gesellschaftliche Leben kennenzulernen und sich mit der Geschichte des Holocaust aus einem jüdisch-amerikanischen Blickwinkel auseinanderzusetzen.

Beide Programme dienen im Wesentlichen der Festigung des deutsch/jüdisch-amerikanischen Verhältnisses und genießen in der Arbeit der KAS und des AJC eine hohe Priorität. Vor diesem Hintergrund fand vom 13.-19. Juli 2013 zum zweiten Mal in der Geschichte der KAS-AJC-Kooperation ein gemeinsames Austauschprogramm beider Partner in Israel statt.

Begleitet von Vertretern der KAS und des AJC reisten fünf AJC-Mitglieder aus den USA zusammen mit fünf deutschen Alumni des KAS-AJC-Austauschprogramms für eine Woche nach Israel. Vor Ort setzten sie sich mit den aktuellen politischen Herausforderungen der israelischen Gesellschaft, der Sicherheitslage in der Region, der palästinensischen Perspektive, der Geschichte und den Auswirkungen des Holocaust sowie dem interreligiösen Verhältnis zwischen Judentum, Christentum und Islam auseinander. Das Programm begann mit Terminen in Tel Aviv, beinhaltete einen Besuch in der israelischen Grenzstadt Sderot, in der palästinensischen Stadt Ramallah sowie in der Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem und endete mit Begegnungen in Jerusalem.

1. Tag (Anreisetag): „Israel at 65: The Challenges Ahead“

Gespräch mit Yohanan Plesner (Israelischer Politiker der Kadima-Partei und früheres Mitglied der Knesset)

Yohanan Plesner, Knesset-Abgeordneter (Kadima) von 2007 bis 2013, und auch nach seinem Ausscheiden aus dem israelischen Parlament als Fachmann für Fragen der Sicherheitspolitik in der israelischen Öffentlichkeit bekannt, stellte den Seminarteilnehmern die Agenda der israelischen Außen- und Innenpolitik vor und gab ihnen einen ersten Einblick in das komplexe israelische Parteiensystem.

Israel, so Plesner, habe heute nicht so sehr die konventionelle Angriffsfähigkeit seiner Nachbarstaaten zu fürchten als vielmehr die asymmetrische Bedrohung durch nichtstaatliche Akteure (Hisbollah, Hamas). Im Hinblick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt sprach sich Plesner für die Zwei-Staaten-Lösung aus, meinte aber auch, dieser Konflikt sei nicht der einzige – und nicht der wichtigste – Grund für die Friedlosigkeit im Nahen Osten. Er betonte, dass Israel verlässliche Freunde in der Welt brauche, und hob in diesem Zusammenhang hervor, wie exzellent die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel seien. Zwar würden in Israel die Stellungnahmen der EU zum israelisch-palästinensischen Konflikt oft als einseitige Parteinahme zugunsten der palästinensischen Seite empfunden; dies ändere aber nichts daran, dass die Israelis in der EU – neben den Vereinigten Staaten – ihren wichtigsten Handels- und Kooperationspartner sähen.

Ausführlich widmete sich Plesner der Reformdynamik, die durch die landesweiten „Sozialproteste“ im Sommer 2011 ausgelöst wurde. Der Knesset-Wahlkampf Ende 2012/Anfang 2013 sei in einem außergewöhnlichen Maße durch innenpolitische Themen geprägt worden. Für die in jeder Hinsicht staatstragende Mittelschicht sei die Frage der Wehrgerechtigkeit von herausragender Bedeutung. Sie stehe symbolisch für das generelle Problem, dass die Lasten in der israelischen Gesellschaft ungleich verteilt seien. Plesner sprach in diesem Kontext auch über die Arbeit der von ihm geleiteten Kommission, die gegen Ende der vorigen Wahlperiode Vorschläge für eine Einbeziehung ultraorthodoxer Männer in den Wehrdienst – oder einen nationalen Ersatzdienst – erarbeitet hatte. Die Verwirklichung dieser im „Plesner-Report“ festgehaltenen Empfehlungen sei 2012 am Widerstand der ultraorthodoxen Koalitionspartner gescheitert. Jetzt würden sie vom neuen Kabinett Netanjahu (dem keine Ultraorthodoxen mehr angehören) umgesetzt.

2. Tag: „Israel’s Domestic Reform Agenda“

Israel’s Domestic Reform Agenda

Gespräch mit David Witzthum (Journalist)

David Witzthum, ein bekannter israelischer Fernsehjournalist, näherte sich seinem Thema über eine ausführliche Analyse der israelischen Parteienlandschaft. Die israelische Demokratie trage die Züge einer „Ethnokratie“. Diese Bezeichnung, so erläuterte er seine Wortwahl, solle umschreiben, dass das israelische Parteiensystem die Fragmentierung der Gesellschaft in zahlreiche „Stämme“ widerspiegele. Jeder „Stamm“ habe seine eigene Partei, die ihn im Parlament repräsentiere: ultraorthodoxe Sephardim, ultraorthodoxe Ashkenasim, säkulare Ashkenasim, traditionalistische Mizrachim (aus muslimischen Ländern Nordafrikas und des Vorderen Orients stammend), Neueinwanderer aus Russland, Nationalreligiöse, islamistische Araber, säkulare Araber.

Es sei die Idee des Staatsgründers David Ben-Gurion gewesen, die „Mamlachtiut“ (Staatlichkeit, siehe <http://jcpa.org/wp-content/uploads/2012/11/bengurions-concept.pdf>) als überwölbendes Prinzip zu etablieren, unter dessen Dach die aus allen Himmelsrichtungen eingewanderten Juden eine gemeinsame nationale Identität entwickeln sollten. Die ethnisch-religiöse Fragmentierung, die das heutige Israel präge, widerspreche dem. Die Integrationsformel „Mamlachtiut“ habe offensichtlich nicht funktioniert. Es gebe zwar viele Israelis, die ihre nationale Identität nur über Merkmale wie Sprache – das Neuhebräische –, Dienst an der Gemeinschaft (in der Armee) und Bindung an das Land definierten. Allerdings stehe diese Gruppe nicht im Sinne der „Mamlachtiut“ über allen anderen Stämmen; sie sei vielmehr selbst ein Stamm innerhalb der israelischen Ethnokratie geworden. Gestützt auf diese Überlegungen vertrat Witzthum die These, der Erfolg der neuen Reformpartei „Jesch Atid“ sei der endgültige Beweis dafür, dass es jetzt auch einen „Stamm der Israelis“ gebe, der im Wettbewerb mit den anderen „Stämmen“ um parlamentarische Mandate kämpfe.

Zur nationalreligiösen Partei HaBajit HaJehudi meinte Witzthum, man solle die Wandlungsfähigkeit ihres jungen Vorsitzenden Naftali Bennett nicht unterschätzen. Zum einen vertrete diese Partei eine innenpolitische Reformagenda (zum Beispiel in der Frage der Wehrpflicht ultraorthodoxer Männer), die sie zum natürlichen Verbündeten der säkularen Partei Jesch Atid mache. Es sei keineswegs ausgemacht, dass sich Bennett – trotz gegenteiliger Rhetorik – einer Friedensregelung mit den Palästinensern, die einen weitgehenden Rückzug aus dem Westjordanland beinhalte, verschließen werde. Bemerkenswert sei jedenfalls, dass Bennett, der Vorsitzende der Siedlerpartei, selbst nicht in einer Siedlung lebe, sondern in Ra’anana, einer zentralisraelischen Stadt mit überdurchschnittlich wohlhabender Bevölkerung. Bennett repräsentiere nicht den Typus des fanatischen Settlers, sondern den Typus des smarten, weltgewandten und sehr erfolgreichen Softwareunternehmers. Das lasse hoffen.

Role, Function and Activities of the Clinic of Doctors for Human Rights in Jaffa

Gespräch mit der Geschäftsführerin der „Clinic of Doctors for Human Rights in Jaffa“, Sharan Barnett, und dem Leiter der NGO „Physicians for Human Rights – Israel“ (PHR-Israel)

Die NGO „Physicians for Human Rights – Israel“ existiert seit 25 Jahren. Ihre Mitarbeiter sind mehrheitlich Mediziner, die sich dafür einsetzen, denjenigen Menschen in Israel, der Westbank und Gaza, die keinen Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung haben, medizinische Hilfe zukommen zu lassen. Die Unterstützung gilt der Bevölkerung in den palästinensischen Autonomiegebieten sowie Personen ohne israelische Staatsbürgerschaft oder anderen anerkannten Status in Israel, wie Migranten, Flüchtlingen, Asylsuchenden und auch Beduinen in Dörfern im Negev.

Die ambulante Versorgung erfolgt in der „Clinic of Doctors for Human Rights Jaffa“, einer kleinen medizinischen Station mit ca. 160 freiwilligen Mitarbeitern und Unterstützern. Zudem verfügen die PHR – Israel über eine mobile Klinik, die in der Westbank eingesetzt wird. Dagegen konzentriert sich die Unterstützung von Hilfesuchenden in Gaza vor allem auf die Erlangung von Visa für Arztbesuche in Israel und deren Finanzierung. Die NGO finanziert sich ausschließlich aus privaten Spendengeldern. Zur Wahrung der Unabhängigkeit wird auf staatliche Gelder ebenso verzichtet wie auf die Unterstützung durch private Unternehmen.

Die PHR – Israel definieren sich selbst nicht als eine humanitäre NGO, sondern primär als eine Menschenrechtsorganisation: Zwar stelle man für betroffene Menschen kostenlose ärztliche Betreuung zur Verfügung, allerdings sei es nicht das Ziel, mit dem eigenen Engagement dauerhaft Mängel in der israelischen Gesundheitsversorgung auszugleichen. Vielmehr liege der Fokus auf dem politischen Engagement in sozialen und humanitären Fragen, insbesondere dem allgemeinen Recht auf Gesundheitsversorgung, aber auch dem Recht auf Zugang zu Wasser und Energie sowie Freizügigkeit des Personenverkehrs. Aus dem Grundverständnis heraus, dass der israelische Staat bis zur Etablierung eines eigenständigen palästinensischen Staates die Verantwortung für die Bevölkerung in den

betroffenen Gebieten trage, setzt sich die NGO auf politischer Ebene für eine rechtliche Verbesserung in den genannten Bereichen ein, bietet rechtliche Unterstützung in Verfahren vor israelischen Behörden und Gerichten an und betreibt zudem intensive Öffentlichkeitsarbeit auf diesen Themenfeldern.

Die Aktivitäten der Organisation sowie ihre Positionierung zur palästinensischen Frage sind innerhalb Israels durchaus umstritten. Ihr Engagement wird häufig ambivalent bis kritisch beurteilt, mitunter steht der Vorwurf der „Nestbeschmutzung“ im Raum. Die Rolle der PHR – Israel lässt sich aber auch gegenteilig interpretieren: Mit ihren Aktivitäten sind sie ein Beispiel dafür, dass die israelische Gesellschaft keinen monolithischen Block mit einer Einheitsmeinung zum israelisch-palästinensischen Konflikts darstellt, sondern dass sie sich durch vielfältige und häufig kritische Positionen vis-à-vis des Verhältnisses zu den Palästinensern und der Rolle Israels sowie durch eine lebhaft und kontroverse Diskussion hierüber auszeichnet. Damit steht die Organisation symbolhaft für die Meinungsfreiheit und den Pluralismus innerhalb der israelischen Gesellschaft und trägt mit ihrem Engagement zum Erhalt ebendieser offenen Gesellschaft bei.

Arab Minority in Israel's Society and Politics

Gespräch mit Arik Rudnitzky (Projektmanager des KAS-Partnerprojekts für Jüdisch-Arabische Kooperation am Moshe Daran Center for Middle Eastern and African Studies an der Tel Aviv University)

Im Gespräch mit Arik Rudnitzky wurde das demographische Dilemma des heutigen Israel deutlich: Abgesehen von intra- und interreligiösen Konfliktlinien ist die israelische Gesellschaft zusätzlich geprägt durch eine starke ethnische Heterogenität und soziale Fragmentierung. Dies spiegelt sich nicht nur innerhalb der jüdischen Bevölkerung und ihrer zahlreichen ethnisch-kulturellen Segmente wider, sondern v.a. auch in ihrer signifikanten arabischen Minderheit, die in sich ebenfalls stark heterogen ist. Neben der großen Gruppe der Muslime zählen zur arabischen Minderheit auch zahlreiche Christen und Drusen.

In vielerlei Hinsicht stellt sich die Lage der arabischen Minderheit in Israel als prekär dar. Sozioökonomisch zählt sie zu den einkommensschwachen Teilen der israelischen Bevölkerung, politisch gerät sie im Konflikt zwischen „den Israelis“ und „den Palästinensern“ häufig zwischen die Fronten. In besonderer Weise gilt dies für die Gruppe der christlichen Araber, die von muslimischen Arabern primär als Israelis wahrgenommen werden, während gleichzeitig jüdische Israelis sie vorwiegend als Araber und nicht als israelische Staatsbürger wahrnehmen. Welche Probleme dies für das interkulturelle Zusammenleben im Alltag aufwerfen kann, zeigt beispielhaft ein Urteil des Obersten Gerichtshofes Israels, das gefällt wurde, nachdem es zu einer Diskriminierung arabischer Israelis bei der Vergabe von Wohnraum in jüdischen Siedlungen gekommen war.

Vor ganz besondere Herausforderungen stellt den Staat Israel das demographische Wachstum der arabischen Minderheit. Zwar ließ sich feststellen, dass die Geburtenrate innerhalb der arabischen Bevölkerung Israels in den vergangenen Jahren sank, dennoch aber liegt sie weiterhin über derjenigen des jüdischen Bevölkerungsteils. Dies bedeutet, dass sich das demographische Gleichgewicht in wenigen Jahren zugunsten der arabischen Bevölkerung ausprägen wird. Israel als jüdisch geprägter Staat steht damit vor der Frage, wie sich sein demokratischer Charakter bewahren lässt, ohne die jüdische Prägung aufzugeben – und vice versa. Diese Aufgabe zu meistern, ist ein zentrales Argument für eine Zwei-Staaten-Lösung und eine wesentliche Motivation für die Wiederaufnahme von „Gesprächen über Gespräche“, deren Ziel die Wiederbelebung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses ist.

Partners with Israel: Shared Values and Challenges

Gespräch mit Dr. Benedikt Haller, Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in Israel

Israel ist ein Land, „das die Kontroverse und die Diskussion liebt“ (Dr. Haller). Damit knüpfte das Gespräch an die vorangegangenen Diskussionen an, die sich um die gesellschaftlichen Herausforderungen Israels drehten. 65 Jahre nach der Gründung des Staates Israel ist, so scheint es, dem Land der Gründungsmythos abhanden gekommen. In der Folge zeigt sich ein zunehmendes Identitätsproblem der israelischen Gesellschaft, das beispielhaft in der Diskussion über die wachsende Zahl ultra-orthodoxer Juden im Land Ausdruck findet. Deren Weigerung, durch einen regelmäßigen Erwerbserdienst den eigenen Unterhalt zu sichern und durch den eigentlich verpflichtenden Wehrdienst einen Beitrag zur Sicherheit Israels zu leisten, führt zunehmend zu Spannungen innerhalb der israelischen Gesellschaft.

Während in der Vergangenheit kein politischer Spielraum vorhanden zu sein schien, um an dieser Situation etwas zu ändern, bietet sich nach den jüngsten Wahlen erstmals seit langer Zeit die Gelegenheit für Reformen für die neue Regierungskoalition, die unter Ausschluss religiöser Parteien gebildet wurde. Damit besteht nun die Möglichkeit, auch Gesetze gegen den Willen ultra-orthodoxer Vertreter zu verabschieden. Mit der Neuregelung der Vorgaben zur Wehrpflicht hat die Regierung hier bereits ein erstes Projekt in Angriff genommen. Die – z.T. gewalttätigen – Proteste aus den Reihen der Ultra-Orthodoxen zeigen allerdings, dass hier weiterhin ein enormes Konfliktpotential in der israelischen Gesellschaft vorhanden ist und eine rein gesetzgeberische Vorgehensweise diesen Konflikt nicht entschärfen wird. Auch in anderen Themenbereichen wird es für die neue Regierung nicht langweilig werden – Fragen wie die zum Umgang mit der Hisbollah und dem Iran sowie der israelisch-palästinensische Friedensprozess bleiben weiterhin auf der Prioritätenliste des Kabinetts von Benjamin Netanjahu.

Das Gespräch mit Dr. Haller gab darüber hinaus den Anstoß zu einer angeregten Diskussion unter den Teilnehmern der deutsch-amerikanischen Gruppe über die Bereitschaft Deutschlands, eine führende Rolle in der Welt und innerhalb der EU zu übernehmen. Es wurde deutlich, dass die zögerliche Zurückhaltung der Bundesrepublik in dieser Hinsicht für die amerikanischen Teilnehmer nur schwer nachzuvollziehen war. Ein kurzer Exkurs der deutschen Teilnehmer in die Entwicklung der politischen Kultur in Deutschland vor dem Hintergrund des deutschen historischen Erbes sowie gezielte Nachfragen der amerikanischen Teilnehmer erlaubten hier einen sehr guten wechselseitigen Einblick in die jeweils unterschiedlichen gesellschaftlich-politischen Bedingungen beider Länder und bereicherten das Programm damit ungemein.

3. Tag: „Israel’s security needs in a changing regional environment“

From Arab Spring to Islamic Winter?

Gespräch mit Dr. Amichai Magen (Dozent an der Lauder School of Government, Diplomacy and Strategy; Leiter der Abteilung Political Development am Institute for Counter-Terrorism)

Mit dem Beginn des Arabischen Frühlings hat sich die geostrategische Lage Israels stark verändert. Wenngleich sich der jüdisch geprägte Staat als einzige Demokratie in der Region schon immer besonderen Herausforderungen gegenüber sah, sind diese seit den Umbrüchen in Nordafrika und Nahost noch einmal deutlich gestiegen. Die bisherige

Stabilität der etablierten Autokratien der Region wurde abgelöst durch eine regionale Kaskade von schwacher Governance, innerer Instabilität und Staatszerfall. Hierbei entsteht der Eindruck, dass mit dem Staatsversagen ein infizierendes Element einhergeht, von dem letztlich die gesamte Region ergriffen werden kann.

Betroffen sind insbesondere die sunnitischen Staaten der Region. Sie sehen sich i.d.R. den gleichen Problemen gegenüber: Konfrontiert mit einer schnell wachsenden, sehr jungen Bevölkerung vermögen sie es nicht, öffentliche Güter in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen. Die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung stellt alte Regime in Frage, ohne dass stabile, demokratisch legitimierte Alternativen zur Verfügung stünden. Im Ergebnis füllen neue Akteure das entstehende Vakuum, i.d.R. nichtstaatliche Gewaltakteure mit radikal-islamistischer Agenda (ein wenig sarkastisch auch als PIGs bezeichnet – als „Powerful Islamists Groups“).

Diese nichtstaatlichen Gewaltakteure versuchen zunehmend, nicht nur das staatliche Gewaltmonopol zu besetzen, sondern – und dies ist ein vergleichsweise neues Phänomen – sie bringen sich auch in Politik und Wirtschaft ein und übernehmen mehr und mehr soziale Funktionen. Damit ziehen sie originär staatliche Aufgabenbereiche und Funktionen an sich. Hierbei ist zu beobachten, dass diese Gruppen einen intensiven Lernprozess durchlaufen: Während man im Irak noch die Bevölkerung gegen sich aufbrachte, weil man versuchte, den Machtkampf gegen die neue irakische Regierung und die US-Truppen einzig mit Gewaltmitteln für sich zu entscheiden, versucht man dies in Syrien zu vermeiden. So entwickeln sich die „PIGs“ immer stärker zu „governance providers“, die nicht nur versuchen physische Sicherheit zu garantieren, sondern bspw. auch die lokale Stromversorgung zu gewährleisten und die Verteilung von Lebensmitteln zu organisieren.

Der beschriebene Lernprozess weist zudem auf ein zweites Phänomen hin, das vergleichsweise neu ist und sich länderübergreifend zeigt: die zunehmende Proliferation der „PIGs“ sowie deren Kooperation untereinander. Die kontinuierliche Neugründung und Aufspaltung bestehender Gruppen und Organisationen sorgt für eine kaum überschaubare Vielzahl von Akteuren, die sich stetig wandeln, weiter aufsplintern und neu zusammensetzen. Gleichzeitig findet eine durchaus intensive Kooperation unter ihnen statt, die sich u.a. darin äußert, dass die Kämpfer in diesen Gruppen räumlich ungebunden sind und von einer Region in die andere wechseln. Häufig haben sie Erfahrungen im Irak und in Afghanistan gesammelt, bevor sie sich im Konflikt in Libyen engagierten, um anschließend nach Syrien zu reisen und sich dort dem Aufstand gegen das Assad-Regime anzuschließen.

Ihre große Mobilität, die intensive Vernetzung untereinander und ihre hohe Adaptionsfähigkeit machen diese Akteure zu einem gewichtigen Machtfaktor und zu einer zentralen Bedrohung der Stabilität in der Region. Die hieraus resultierende Instabilität der benachbarten Staaten wird von Israel als existentielle Bedrohung wahrgenommen, für die bislang noch keine geeignete Antwort gefunden wurde.

Aus israelischer Sicht scheint daher der Arabische Frühling tatsächlich sehr schnell in einen islamischen (bzw. vielmehr „islamistischen“) Winter übergegangen zu sein. Zugleich machte Amichai Magen jedoch auch klar, dass die Umbrüche in Folge des Arabischen Frühlings nicht dazu führen dürften, die Aufmerksamkeit von der größten Bedrohung Israels abzulenken: dem Nuklearprogramm des Iran.

20 Years after Oslo: The Prospects of a Two State Solution

Gespräch mit Yossi Beilin (früherer Justizminister, Minister für Religiöse Angelegenheiten sowie Wirtschaftsminister; Yossi Beilin zählte zu den Architekten des Oslo Abkommens und der Genfer Verträge und war eine Schlüsselfigur im palästinensisch-israelischen Friedensprozess)

Das Oslo-Abkommen, an dem Yossi Beilin entscheidend mitwirkte, schien in vielerlei Hinsicht zunächst ein Durchbruch zu sein. Unter Premierminister Yitzhak Rabin wurde im Jahr 1993 ein Gesetz verabschiedet, das es Israel ermöglichte, direkt mit der PLO zu verhandeln – etwas, das zuvor undenkbar erschien. Die Unterzeichnung des

Interimsabkommens am 13. September weckte bei Vielen große Hoffnungen, doch hätte es nach einer Laufzeit von fünf Jahren durch einen dauerhaften Vertrag ersetzt werden müssen.

Hierzu kam es nicht, weil die Verhandlungsführer auf beiden Seiten die Opposition in den eigenen Reihen unterschätzt hatten: Mit Anschlägen in Hebron und dem Attentat eines jüdischen Fundamentalisten auf Premierminister Rabin 1995 endete de facto der Friedensprozess von Oslo. Zu keinem Zeitpunkt konnte er in vergleichbarer Weise dauerhaft wiederbelebt werden.

Auch aktuell schätzt Yossi Beilin die Chancen für die aktuelle Friedensinitiative des US-amerikanischen Außenministers John Kerry als gering ein. Ursächlich sei ein mangelndes Interesse auf Seiten der israelischen Regierung unter Premierminister Benjamin Natanjahu. Zurückführen ließe sich dies u.a. darauf, dass Israel keiner existentiellen Bedrohung mehr ausgesetzt sei – selbst in höchst instabilen Zeiten, wie sie derzeit in Ägypten herrschten, sei die Existenz des israelischen Staates nicht ernsthaft gefährdet. Dies nehme den Verhandlungsdruck vom Premierminister.

Wenngleich sich Yossi Beilin mit dieser Einschätzung deutlich von anderen Gesprächspartnern unterschied, stimmte er doch dahingehend mit ihnen überein, dass er die demographische Entwicklung Israels für sehr problematisch mit Blick auf die Zukunft des Landes hält: So betrage das Verhältnis zwischen jüdischen und arabischen Israelis derzeit ca. 53% zu 47%. Dies werde sich jedoch rapide – vermutlich innerhalb von drei bis fünf Jahren – zu Gunsten einer arabischen Mehrheit ändern. Bliebe es bei einer „Ein-Staaten-Lösung“, bedeutete dies, dass der israelische Staat entweder seinen jüdischen Charakter aufgeben oder eine jüdische Minderheit über eine arabische Mehrheit regieren müsse. Letzteres wiederum käme der Errichtung eines Apartheitsregimes gleich und zerstöre letztlich den demokratischen Charakter des israelischen Staates.

Vor diesem Hintergrund sieht der frühere Minister Israel nur zwei mögliche Lösungen: die Einigung auf ein neues Friedensabkommen oder den einseitigen Rückzug aus einigen Gebieten (Siedlungen), vergleichbar dem Abzug aus Gaza im Jahr 2005. Da man in Gaza aber die Erfahrung machen musste, dass ein einseitiger Abzug zu einem Machtvakuum führte, das von der Hamas gefüllt wurde, empfehle sich hier eine enge Kooperation und Absprache mit der Fatah, um eine Wiederholung einer solchen Entwicklung zu vermeiden.

Umgekehrt rät Yossi Beilin der palästinensischen Führung unter Präsident Abbas, angesichts der katastrophalen Situation in vielen Flüchtlingslagern, die z.T. bereits seit 65 Jahren andauert, allen palästinensischen Flüchtlingen, ähnlich wie Ben Gurion den Juden in Israel, ein Rückkehrrecht zu gewähren. Eine solche Geste, so Yossi Beilin, werde eine große Welle internationaler Unterstützung bewirken, mit deren Hilfe sich auch die drohenden Probleme, wie bspw. grassierende Arbeitslosigkeit in den palästinensischen Gebieten, in den Griff bekommen ließen.

Der Co-Architekt des Osloer Friedensabkommens schloss seine Ausführungen mit dem höchst philosophischen Appell: „You can't live your life on worst case scenarios. You have to take risks in order to live. Those who are always afraid are the most miserable persons.“

Life Under Rocket Fire

Besuch der Grenzstadt Sderot und Gespräch mit Kobi Harush (Koordinator der Sicherheit für Sderot und der Israel Defense Forces Liaison mit der Palästinensischen Autonomiebehörde)

Die israelische Kleinstadt Sderot liegt wenige Kilometer entfernt vom Gaza-Streifen. Ihre bedeutsame, aber auch schwierige geostrategische Lage definiert den Alltag der Stadt in ganz erheblichem Maße, ist sie doch dem regelmäßigen Beschuss durch Raketen aus dem Gaza-Streifen ausgesetzt. Im Gespräch mit dem lokalen Sicherheitsverantwortlichen, Kobi Harush, wurde deutlich, was es bedeutet, ein Leben in einer permanenten Bedrohungslage zu führen:

Jede Wohnung in Sderot verfügt über einen eigenen Sicherheitsraum. Dieser schützt zwar nicht vor direktem Raketeneinschlag, allerdings vor den Folgen einer räumlich nahen Explosion (für jeden Neubau in Israel ist ein solcher Sicherheitsraum mittlerweile verpflichtend). Ein Alarmsystem warnt vor Raketenangriffen und gibt den Bewohnern im Falle eines Beschusses 15 Sekunden Zeit, um sich in Sicherheit zu bringen.

Aufgrund der häufigen Raketenangriffe und der kurzen Zeitspanne, die bei einem Angriff zur Verfügung steht, ist es für Kinder und Jugendliche bereits seit einigen Jahren unmöglich, unter freiem Himmel gefahrlos zu spielen. Aus diesem Grund wurde in Sderot ein geschütztes Freizeitzentrum gebaut, in dem Kinder und Jugendliche ihre Freizeit verbringen, spielen und Sport treiben können. Das mangelnde Tageslicht, das durch künstliche Beleuchtung ersetzt wird, die räumliche Begrenztheit des Gebäudes und auch die psychische Enge, die das Zentrum – trotz aller Bemühungen – ausstrahlt, wirken auf den Besucher äußerst beklemmend. Es entsteht eine Ahnung davon, dass es kaum zu erahnen ist, wie ein Leben unter Raketenbeschuss tatsächlich zum Alltag werden kann.

Nachdem sich der Raketenbeschuss seit dem einseitigen Abzug Israels aus Gaza deutlich intensiviert (im Jahr 2007 wurden innerhalb von zwei Wochen nahezu 300 Raketen auf Sderot abgeschossen), verstärkte man die Bemühungen, ein effektives Raketenabwehrsystem zu entwickeln. Das mobile System „Iron Dome“ kommt seit wenigen Jahren in Sderot erfolgreich zum Einsatz und konnte die Sicherheitslage bereits deutlich verbessern. Allerdings ist aus technischen Gründen eine hundertprozentige Abdeckung des Ortsgebietes durch das System nicht möglich. Auch bedeutet selbst eine Treffergenauigkeit von mehr als 90 Prozent weiterhin, dass mit Einschlägen von Raketen selbst in geschützten Gebieten zu rechnen ist.

Darüber hinaus sehen sich die israelischen Sicherheitskräfte mit zwei weiteren Herausforderungen konfrontiert:

Zum einen entwickeln sowohl die Hamas als auch die Hisbollah kontinuierlich ihre Raketentechnik fort, so dass sie über stetig weiter reichende Raketen verfügen und zudem in der Lage sind, 30 und mehr Raketen zeitgleich auf Sderot und andere Städte nahe des Gaza-Streifens abzufeuern. Dies bringt die Abwehrtechnik von „Iron Dome“ an seine technischen Grenzen.

Zum anderen besteht zwischen Angriff- und Abwehrtechnik ein Kostenungleichgewicht: Während die Raketen der Hamas auf einen Stückpreis von etwa 1.000 \$ geschätzt werden, kostet eine Abwehrrakete des „Iron Dome“-Systems etwa 60.000 \$. Es wird deutlich, dass die Gewährleistung von Sicherheit nicht nur hohe Anforderungen an die technischen Fähigkeiten des israelischen Staates stellt, sondern auch an seine Wirtschaftskraft und weiterhin dringend die finanzielle Unterstützung durch alliierte Staaten, speziell die USA, erfordert.

4. Tag: „The Palestinian Perspective“

Israeli and Palestinian Narratives of the Conflicts: The School Book Perspective

Gespräch mit Dr. Sami Adwan (Professor für Bildung an der Bethlehem University)

Dr. Sami Adwan ist Co-Autor der Studie „Victims of our own Narratives? Portrayal of the „Other“ in Israeli and Palestinian School Books“. Die Studie wurde von einem israelisch-palästinensischen Forscherteam erstellt, das es sich zur Aufgabe machte, die Darstellung des Nahostkonflikts in israelischen und palästinensischen Schulbüchern zu analysieren und zu reflektieren.

Ein Vergleich der Darstellungen ließ das Forscherteam zu vier zentralen Ergebnissen kommen:

1. Wenig überraschend zeigten die Analysen, dass die israelischen und palästinensischen Schulbücher jeweils unterschiedliche Interpretationen des Konfliktverlaufs enthielten, hierbei die eigenen Positionen und Aktionen legitimierten, die Gegenpartei als Feind charakterisierten und sich selbst als Opfergemeinschaft porträtierten, deren einziges Ziel die Selbstverteidigung und der Frieden in der Region sei. I.d.R. wurden historische Ereignisse zwar korrekt, allerdings selektiv wiedergegeben, so dass sie die jeweils eigene Interpretationsweise untermauerten.
2. Weder die israelischen, noch die palästinensischen Schulbücher enthielten allerdings eine explizite Dämonisierung oder vergleichbare entmenschlichende Charakterisierung des jeweils anderen.
3. In den analysierten Schulbüchern ließ sich auf beiden Seiten ein Mangel an objektiver Information über die jeweils andere Seite mit Blick auf deren Kultur, Religion, Wirtschaft etc. feststellen. Dies, so die Schlussfolgerung der Wissenschaftler, trage verstärkend dazu bei, der Gegenseite ihre legitime Präsenz im Land abzuspüren.
4. Die Ergebnisse 1-3 beziehen sich in besonderem Maße auf israelisch ultra-orthodoxe sowie auf palästinensische Schulbücher. Schulbücher, die im staatlichen israelischen Schulsystem verwendet werden, zeichnen sich dadurch aus, dass sie – im Vergleich – mehr objektive Informationen über die palästinensische Bevölkerung enthalten, diverse Beispiele aufzählen, in denen das Verhalten von Israelis gegenüber Palästinensern kritisiert wird, und die palästinensische Seite insgesamt weniger negativ, pauschalisierend charakterisieren.



Ramallah, 16. Juli 2013: Gruppenfoto vor dem Eingang des KAS-Auslandsbüros für die Palästinensischen Gebiete

Die Ergebnisse der Studie erweisen sich als typisch für Gesellschaften, die sich im Konflikt miteinander befinden. Die eigene Interpretation des Konflikts trägt zum internen Zusammenhalt und zur moralisch-ideologischen Selbstvergewisserung bei und hilft so, sich politisch und gesellschaftlich in einer dauerhaften Konfliktsituation zurechtzufinden. Gleichzeitig verstetigt sie aber auch die negativ-feindliche Wahrnehmung der jeweils anderen Seite und trägt so zur Fortsetzung des Gegensatzes bei.

Das Forscherteam hat es sich deshalb zum Ziel gesetzt, mit seiner Arbeit zur Aufklärung hierüber beizutragen und einen Beitrag dazu zu leisten zu lernen, wie sich mit multiplen Perspektiven leben lässt. Vor diesem Hintergrund wurden die Ergebnisse der Forschungsarbeit in eine Publikation umgesetzt, für die eine Methode gewählt wurde, die

bewusst auf ein größtmögliches Maß an Objektivität und Neutralität setzt: Die Darstellung des Nahostkonflikts in israelischen und palästinensischen Schulbüchern ist kommentarlos nebeneinander abgebildet und bietet so jedem Leser individuell die Möglichkeit, Vergleiche und Schlüsse hieraus zu ziehen.

Wie ein roter Faden zog sich das immense Bemühen um Objektivität und Neutralität durch die Ausführungen Sami Adwans, dem es gelang, auf höchstem wissenschaftlichem Niveau und ohne jeden Anflug von Parteilichkeit über dieses hochpolitische Thema zu referieren. Umso bedauerlicher erscheint es, dass das Forscherteam weder von israelischer, noch von palästinensischer Seite bei seinen Bemühungen unterstützt wird. Die jeweiligen Bildungsministerien zeigen keinerlei Interesse oder Bereitschaft zur Unterstützung dieses Projekts.

Trends and Developments in Palestinian Politics

Gespräch mit Dr. Khalil Shikaki (Direktor des Palestinian Center for Policy and Survey Research)

Dr. Khalil Shikaki, Direktor des Palestinian Center for Policy and Survey Research in Ramallah (<http://www.pcpsr.org>), informierte über eine aktuelle Meinungsumfrage (Juni 2013) seines Instituts in der Westbank und im Gaza Streifen.

Die Umfrage ergab, dass sich die Einstellungen der Bevölkerung in der Westbank und dem Gaza-Streifen vis-à-vis den Möglichkeiten und Chancen eines neuen Friedensprozesses stark gleichen: So stimmen die Befragten dahingehend überein, dass eine „Einstaatenlösung“ nicht akzeptabel und eine Zweistaatenlösung dringend erforderlich sei. Zugleich glaubt eine Mehrheit, dass es nicht möglich sein wird, innerhalb der kommenden vier Jahre zu einer solchen Lösung zu gelangen, wobei mehrheitlich die israelische Siedlungspolitik als zentrales Hindernis für eine solche Lösung angesehen wird.

Weniger als ein Drittel der Befragten sehen zudem in der palästinensischen Autonomiebehörde eine Errungenschaft, die Hälfte hält deren Führung gar für gescheitert. 80 Prozent der Befragten gehen darüber hinaus davon aus, dass die Trennung der palästinensischen Autonomiegebiete in Westbank und Gaza-Streifen aufgrund des Konflikts zwischen der Fatah und der Hamas dauerhaft sein oder zumindest langfristig andauernd wird. Gleichzeitig ließe sich feststellen, dass die Unterstützung für eine Föderation der Westbank mit Jordanien steige.

Mit Blick auf die aktuelle Friedensinitiative des US-Außenministers John Kerry ergab die Umfrage, dass eine breite Mehrheit der palästinensischen Öffentlichkeit es ablehnt, ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Gleichzeitig unterstützt eine große Mehrheit die Idee, mittels einer Klage vor dem Internationalen Strafgerichtshof den israelischen Siedlungsbau zu stoppen. Die Unterstützung bleibt auch dann erhalten, wenn die Möglichkeit einbezogen wird, dass ein solcher Schritt massive negative Konsequenzen für die palästinensische Autonomiebehörde haben könnte, da der drohende Entzug jeglicher politischer und finanzieller Unterstützung seitens der EU und der USA sowie der zu erwartende Boykott durch Israel zu einem politischen und administrativen Kollaps der Behörde führen würde.

Dr. Shikakis eigene Einschätzung zur aktuellen Friedensinitiative von US-Außenminister Kerry, der sich zur Zeit des Termins zu erneuten Verhandlungen in Jordanien aufhielt, erwies sich ebenfalls als kritisch: Die Positionen der Palästinenser und der Israelis hätten sich in den vergangenen Jahren weiter auseinanderentwickelt, so dass die Kluft zwischen beiden Seiten mittlerweile deutlich größer geworden sei. Wenn ausschließliches Ziel der amerikanischen Mission ein Friedensvertrag sei, schreibe er dieser Mission keine großen Erfolgsaussichten zu. Erfolg könne die Mission aber haben, wenn die Erwartungen gemindert würden und zunächst nur die Stabilisierung der Situation angestrebt würde, um kurzfristig die Palästinenser davon abzuhalten, den Internationalen Strafgerichtshof anzurufen, und um langfristig die tiefe Kluft zwischen beiden Seiten zu verringern. Unter letzteren Voraussetzungen sei die Mission eine gute Sache. Sollten die Amerikaner

allerdings keine Rückfallposition für den Fall haben, dass auch diese Initiative scheitere, berge die Mission viel Sprengstoff, der die Kluft zwischen Israelis und Palästinensern weiter vertiefen könnte.

Dass man selbst in worst-case-Szenarien denkt, verdeutlichte Dr. Shikaki, als er abschließend über aktuelle Aktivitäten seines Instituts berichtete: Unter dem Titel „The Day After“ arbeiten derzeit zehn Expertenteams an Szenarien und Empfehlungen für den Zeitpunkt nach einem politisch-administrativen Kollaps der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Role of Women in Palestinian Society and Politics

Gespräch mit Lucy Nusseibeh (Direktorin des Institute of Modern Media (IMM) an der Al-Quds-Universität)

Die Direktorin des Institute of Modern Media, Lucy Nusseibeh, erläuterte ihren Ansatz „Shifting the focus of `security´ from `military security´ to `human security´“: Mit einer stärker individuelleren und menschlicheren Sichtweise von Sicherheitsaspekten könne ein besserer Beitrag für die Erleichterung der Lebensverhältnisse in den besetzten Gebieten geleistet werden. Sicherheit müsse demnach nicht nur als militärische Sicherheit interpretiert, sondern auch als Sicherheit vor Angst, Hunger, sozialem Missstand etc.

So seien derzeit alle sozialen Fragen (etwa die Gleichstellung von Mann und Frau) der „Hauptfrage“ der Besetzung der Gebiete untergeordnet und würden nicht prioritär bearbeitet. Die Fokussierung auf militärische Sicherheit führe dementsprechend dazu, dass es zahlreiche soziale Missstände in den palästinensischen Gebieten gebe, die aus Rücksicht auf militärische Erwägungen nicht gelöst würden. Als Beispiel hierfür nannte Nusseibeh die Beeinflussung des täglichen Lebens durch den Grenzzaun/Grenzmauer, die palästinensische von israelischen Gebieten trennt. Die praktischen Implikationen, die das Grenzregime auf den Alltag der Bevölkerung in den palästinensischen Gebieten hat, werden in einem Frauenprojekt, das Lucy Nusseibeh leitet, filmisch verarbeitet.

Lucy Nusseibeh hob hervor, dass bei dem Versuch, die Konfliktsituation zu entschärfen, insbesondere Frauen eine große Rolle spielen könnten. So seien palästinensische Frauen im Vergleich zu Frauen in benachbarten muslimischen Staaten vergleichsweise emanzipiert und auch in Führungspositionen durchaus häufig vertreten. Auf dieser Grundlage habe es in der Vergangenheit bereits gemeinsame palästinensisch-israelische Frauenprojekte gegeben, die gezeigt hätten, dass der Aspekt „Frau“ durchaus als eine „crosscutting cleavage“ fungieren könne – also als eine Thematik, mit der sich die grundsätzlichen Konfliktlinien zwischen Palästinensern und Israelis überbrücken ließen. Mit dem Beginn der zweiten Intifada im Jahr 2000 verschlechterten sich allerdings die israelisch-palästinensischen Beziehungen derart, dass eine erfolgreiche Fortführung der gemeinsamen Frauenprojekte nicht mehr möglich erschien.

Jewish and Arab Businesswomen in Israel

Gespräch mit Ofra Strauss (Unternehmerin und Vorstandsvorsitzende der Strauss Group sowie Vorsitzende des KAS-Partners Jasmine)

Ofra Strauss ist Vorstandsvorsitzende der Unternehmensgruppe "Strauss Group", die von ihrem in Deutschland geborenen Großvater gegründet wurde und bis heute in Familienbesitz ist. Zugleich ist sie Vorsitzende der Nichtregierungsorganisation „Jasmine“, die sich für die Förderung israelischer und arabischer Kleinunternehmerinnen einsetzt und in diesem Bereich gemeinsam mit der KAS Projekte implementiert.

Die Strauss Group konzentriert sich in ihrem Unternehmensbereich auf den Handel mit Lebensmitteln. Strategisch spielen hierbei Kooperationen mit international operierenden Konzernen eine zentrale Rolle, so u.a. mit Pepsi und Danone. Wenngleich das Unternehmen klar auf Profite ausgelegt ist, nimmt dennoch der Bereich der Corporate Social Responsibility (CSR) eine wichtige Rolle in der Unternehmensführung ein. So

bemüht sich bspw. die Strauss Group darum, verstärkt kleine, von Frauen geführte Unternehmen zu unterstützen, indem sie als Lieferanten in den eigenen Unternehmensprozess eingebunden werden. Welche Schwierigkeiten dies selbst bei viel „gutem Willen“ aufwerfen kann, erläuterte Ofra Strauss, indem sie den Prozess skizzierte, der erforderlich ist, um die Lieferketten der Unternehmensgruppe entsprechend anzupassen.

Im Gespräch mit Ofra Strauss wurden erneut die sozialen Probleme und internen Spaltungen der israelischen Gesellschaft deutlich. So sei Verteilung von Wohlstand wichtig für den sozialen Frieden, gleichzeitig müsse aber eine Gesellschaft auch akzeptieren, dass es immer Unterschiede geben werde. Mit Blick auf die besondere Position ultra-orthodoxer Juden in Israel drohe die Lastenverteilung der Gesellschaft aus dem Gleichgewicht zu geraten: Ca. 50% der Gesellschaft trügen 100% der Belastungen – dies sei kein zukunftssträchtiges Prinzip für Israel, denn in der moderat jüdischen bzw. säkularen Mittelschicht schwinde zusehends die Bereitschaft, diese Last auch in Zukunft zu tragen. Daher sei es vordringliche Aufgabe der Politik, ein gesundes Gleichgewicht wiederherzustellen und allem voran die Mittelklasse zu stärken.

Als Vertreterin des zweitgrößten israelischen Konzerns im Bereich Lebensmittel machte Ofra Strauss zudem deutlich, dass der Friedensprozess im Nahen Osten auch eine wirtschaftliche Dimension hat: Sollte es zu einer erfolgreichen Regelung des Konflikts kommen, könnte der Unternehmenssitz in Israel als Plattform für eine wirtschaftliche Expansion in die gesamte Region dienen.

5. Tag: „From sorrow to hope“

Israel – Home to Survivors

Treffen mit Marta Weiss (Überlebende des Holocaust und Führerin durch Yad Vashem)

Marta Weiss wurde mit zehn Jahren, gemeinsam mit ihrer dreizehnjährigen Schwester Eva, nach Auschwitz gebracht. Lange Zeit hatten beide zuvor als vorgeblich christliche Kinder mit falschem Namen und unter dem Vorwand, Kriegsflüchtlinge zu sein, unentdeckt gelebt. Als ihre Tarnung Ende 1944 aufgedeckt wurde, wurden sie gemeinsam nach Auschwitz deportiert. Obwohl sie und ihre Schwester als Versuchspersonen des KZ-Arzt Joseph Mengele missbraucht wurden, überlebten beide das Konzentrationslager und konnten nach Ende des Krieges nach Australien emigrieren.

In der Begegnung mit Marta Weiss schilderte diese eindrucksvoll ihre Kindheit und ihr Überleben in Auschwitz. Neben der inhaltlichen Erzählung waren aber auch die nonverbalen Wahrnehmungen für die Gruppe von nachhaltiger Bedeutung – so etwa die Beobachtung, wie die sehr guten englischen Sprachkenntnisse von Marta Weiss versagten, als sie am Ausstellungsmodell des KZ Auschwitz den Ablauf der Selektion und Vergasung erläuterte; die immer noch sichtbare eintätowierte Nummer auf ihrem Unterarm; ihre Verneinung der Frage, ob das Erzählen eine kathartische Wirkung für sie habe; und schließlich ihre vollkommene Erinnerungslücke, die sich am Ende des mehrstündigen Gesprächs mit der Gruppe auftat.

All dies verdeutlichte, dass für die Überlebenden des Holocaust die Vergangenheit nicht vergangen ist, und intensiviert die bewegenden Eindrücke, die die Gedenkstätte Yad Vashem dem Besucher vermittelt.

Eichmann on Trial

Gespräch mit Gabriel Bach (Stellvertretender Chefankläger im Prozess gegen Adolf Eichmann, Verfassungsrichter a.D.)

Der Prozess gegen Adolf Eichmann, früherer SS-Obersturmbannführer, war ein Meilenstein auf dem Weg, führende Mitglieder des Nazi-Regimes und zentrale Verantwortliche für den Massenmord an Europas Juden vor Gericht zu bringen. Generalstaatsanwalt a.D. Gabriel Bach wirkte als stellvertretender Ankläger in diesem Prozess entscheidend mit.

Bach selbst konnte als Kind gemeinsam mit seinen Eltern gleich mehrfach der drohenden Deportation entkommen, da die Familie zunächst rechtzeitig aus Deutschland und anschließend – nur einen Monat vor der deutschen Invasion – aus Holland nach Palästina emigrierte.

In sehr persönlichen Worten schilderte Gabriel Bach seine Erfahrungen im Vorfeld und während des Prozesses gegen Adolf Eichmann. So erläuterte er u.a., dass es im Rahmen des Prozesses von besonderer Bedeutung gewesen war, das persönliche Verschulden Eichmanns nachzuweisen und aufzuzeigen, dass er nicht nur Gesetze befolgt und Regeln umgesetzt hatte, sondern eine eigene Motivation entwickelt hatte, die Ermordung der europäischen Juden zu perfektionieren. Um dies nachzuweisen, ging man allen verfügbaren Hinweisen nach.

Hierzu zählte auch der Hinweis, Eichmann habe die Idee gehabt und umgesetzt, dass in Auschwitz ankommende Juden zur Beruhigung ihrer Verwandten diesen Postkarten zusenden mussten, auf denen sie ihnen versicherten, dass es ihnen gut gehe. Bewegend war nicht nur die Art und Weise, in der Gabriel Bach die Vernehmung eines Zeugen beschrieb, der eine solche Postkarte erhalten und anschließend selbst Auschwitz überlebt hatte; bewegend war auch, dass Marta Weiss, die an dem gemeinsamen Termin teilnahm und Gabriel Bach hier zum ersten Mal traf, ebenfalls von einer solchen Postkarte berichten konnte. Auf der Postkarte, die ihr Onkel an ihren Vater gerichtet hatte, stand neben der Versicherung, es gehe allen gut, der Hinweis, in Kürze werde man eine gemeinsame Tante treffen. Da diese Tante bereits vor vielen Jahren verstorben war, begriff die Familie die Warnung und traf die Entscheidung unterzutauchen. Diese versteckte Warnung rettete Marta Weiss möglicherweise das Leben, verzögerte sich so doch ihre Deportation nach Auschwitz um etliche Monate.

Teaching about the Holocaust in Israel, Germany and the U.S.

Gespräch mit Mitarbeitern der Gedenkstätte Yad Vashem/International School for Holocaust Studies

Die International School for Holocaust Studies wurde 1993 mit dem Ziel gegründet, nachwachsende Generationen über die Geschichte des Holocaust aufzuklären und für die Gefahren, die vom Antisemitismus ausgehen, zu sensibilisieren. Ihre Mitarbeiter entwickeln didaktische Konzepte für die Vermittlung der Lehren aus dem Holocaust und bieten zugleich ein vielfältiges Angebot für Fortbildungen an.

Neben internationalen Konferenzen und Tagesseminaren für eine breite Zielgruppe von Multiplikatoren – Wissenschaftler, Young Professionals, Journalisten etc. – werden gezielt auch Trainings für Lehrer durchgeführt, um hohe Qualitätsstandards in Schulen weltweit zu sichern und dabei mitzuwirken, dass das Thema Holocaust weiterhin in den Curricula enthalten bleibt. Auch Angebote für Schüler zählen zum Aufgabenbereich des Instituts, ebenso Seminare für die israelischen Sicherheitskräfte, für die ein Besuch von Yad Vashem traditionell Teil des Ausbildungslehrplans ist.

Die International School for Holocaust Studies hat es sich darüber hinaus zur Aufgabe gemacht, innovative Konzepte und Instrumente im Bereich der Vermittlung des Holocaust zu entwickeln. So ist man aktiv auf facebook, hat Wettbewerbe für Poster- und

Postkartenaktionen initiiert und bemüht sich darum, sich mit Hilfe von modernen Formen von Dokumentationen auf den Tag vorzubereiten, an dem keine Holocaust-Überlebenden mehr in der Lage sein werden, von ihren Einzelschicksalen zu berichten. Dass trotz aller Bemühungen dieser Tag mit großer Besorgnis gesehen wird, zeigt die große Bedeutung, die die persönlichen Erzählungen von Überlebenden haben. Die Möglichkeit, mit ihnen über ihre persönlichen Erlebnisse zu sprechen, sei durch kein noch so innovatives didaktisches Instrument auszugleichen, so die Mitarbeiter des Instituts.

Israel Facing the Future

Gespräch mit Nachman Shai (Abgeordneter der Labor Party in der Knesset und Vorsitzender der deutsch-israelischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe)

Nachman Shai, Mitglied der Arbeiterpartei (vorhergehende Wahlperiode: Kadima Partei), richtete den Blick auf aktuelle Herausforderungen von Politik und Gesellschaft Israels. In sozialen und finanziellen Fragen stehe die Arbeiterpartei in Opposition zur Regierung. Anders sei dies im Hinblick auf die aktuelle Initiative zur Aufnahme von Verhandlungen mit den Palästinensern, die die Arbeiterpartei unterstütze. Für Nachman Shai ist ein jüdischer demokratischer Staat nicht vereinbar mit fortdauernder Annexion von Territorium. Er wiederholte, was andere Gesprächspartner ebenfalls betont hatten: Aufgrund der unterschiedlichen Geburtenrate der arabischen und jüdischen Bevölkerung sei etwas anderes als eine Zwei-Staaten-Lösung nicht möglich, da sich die jüdische Bevölkerung andernfalls in naher Zukunft in der Minderheit befände.

Nachman Shai kritisierte die Rhetorik des israelischen Premierminister Netanjahu, der auch im Zusammenhang mit Sicherheitsfragen immer wieder vom zukünftigen Holocaust spreche. Der israelische Staat sei so stark, dass es einer solchen Diskussion nicht bedürfe. Allerdings nehme in zahlreichen Ländern das Bekenntnis zu und die Unterstützung für Israel ab, so – nach seiner Einschätzung – auch in den USA.

Shai zeigte Verständnis dafür, dass auch die Geduld der Europäischen Union begrenzt sei. Die aktuelle Entscheidung der Europäischen Kommission, Mittel für Projekte in Israel nur freizugeben, wenn abgesichert sei, dass diese nicht den Siedlungen zugute kämen, sei allerdings eine schmerzhaft Botschaft an Israel, die er – wenngleich er sie in dieser Form kritisiere – in Teilen auch nachvollziehen könne. Er sei sich bewusst, dass Deutschland mit seiner Haltung in dieser Frage Israel nicht schaden wolle, und weise die Kritik Netanjahus, es handele sich dabei um Antisemitismus, entschieden zurück.

Es mache keinen Sinn, mit dem Siedlungsbau die Kritik der ganzen Welt auf sich zu ziehen. Der Blick müsse vorrangig auf die acht Millionen Juden in Israel und nicht nur auf die Juden in der Westbank gerichtet werden. Nichtsdestotrotz gehöre das Land zu Israel, es handele sich nicht einfach nur um Ansiedlungen auf fremdem Territorium.

Abschließend hob Nachman Shai die Bedeutung der Freundschaftsgruppe von Mitgliedern der Knesset und des Deutschen Bundestages hervor, die dazu diene, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu stärken.

6. Tag: „The Holy Land: Religion and politics“

Interfaith Relations in Israel: The Jewish Perspective

Gespräch mit David Rosen (Oberrabbiner und AJC-Direktor für Interreligiöse Beziehungen)

Rabbi David Rosen erläuterte die turbulente Geschichte des AJC-Gebäudes in Jerusalem und verwies auf die unterschiedlichen Funktionen des „Konsulats des AJC“. Er selbst sehe sich als Botschafter des Judentums zu den anderen Religionen der Welt. So erläuterte

Rosen die vielfältigen weltweiten Aktivitäten in der interreligiösen Zusammenarbeit des AJC.

Rosen beschrieb auf eindrucksvolle Art die „freiwillige Segregation“ der israelischen Gesellschaft. Überall fände man kleine Einheiten, die ihr Eigenleben führten, und trotzdem funktioniere die Demokratie in Israel. Die Abschottung der verschiedenen Milieus sei allerdings immens.

Dies drücke sich ganz besonderes im Bildungssystem aus. Religiöse Ausbildung brauche extrem viele Zeitressourcen und führe zur Abschottung der eigenen Lebenswelten. Rosen beschrieb dieses Phänomen an seinem eigenen Werdegang. Er studierte drei Jahre an einer ultraorthodoxen Einrichtung. Die ultraorthodoxe Mentalität sei schließlich eine Abwehrreaktion gegen die Moderne, er sei sich aber sicher, dass für sie der „Abschied“ nahe sei. Ihre gesellschaftliche Bedeutung würde in Zukunft zurückgehen, insbesondere wenn sich die Regierung mit ihrem Vorhaben durchsetze, die Wehrpflicht auch für Ultra-Orthodoxe verpflichtend einzuführen.

Generell lasse sich konstatieren, dass in Israel wenig Toleranz für andere Religionen (als eine solche begreift er auch den Atheismus) herrsche und für 98 Prozent der Bevölkerung interreligiöse Dialoge nicht interessant seien. Seine Arbeit ähnele daher einer „Grassroot“-Aktivität, die viel Pioniergeist erfordere.

Interfaith Relations in Israel: The Christian perspective

Gespräch mit Canon Hosam Naoum (Dean/Probst der St. George's Cathedral)

Der interreligiöse Dialog hat weltweit eine große Bedeutung – aus diesem Grund engagiert sich Revd. Naoum selbst in verschiedenen entsprechenden internationalen Initiativen. Aus seiner Sicht sei der Friedensprozess im Nahen Osten weniger ein Problem der Religionen oder deren Vertreter, sondern die Politik rechtfertige abgrenzendes, intolerantes Handeln mit angeblich religiösen Pflichten und Rechten. Religion müsse nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung sein. Dem stehe allerdings entgegen, dass innerhalb der Religionen eine zunehmende Radikalisierung zu beobachten sei.

Er selbst sei als Israeli, Palästinenser, Christ und Araber in mehrfacher Hinsicht betroffen. Aus christlicher Sicht sei es immer wieder wichtig zu betonen, dass der Ursprung des Christentums im Nahen Osten liege und christliche Araber dort stets ihren festen Platz in der Gesellschaft hatten. Ein bestehendes Vorurteil sei, dass erst die Kreuzfahrer das Christentum in die Region getragen hätten. Christen gehörten aber schon 1.000 Jahre und länger zum Nahen Osten. So waren beispielsweise viele Araber Christen, bevor der Islam entstand, selbst Mohammeds erste Frau war Christin.

Die Religionsvielfalt im Nahen Osten habe leider stark abgenommen und damit auch das Verständnis für ein friedliches Miteinander.

Israel's Position in International Organizations

Gespräch mit Dore Gold (ehem. Botschafter Israels bei den Vereinten Nationen)

Dore Gold zog eine überwiegend desillusionierte Bilanz seiner UN-Botschafterzeit. Er sprach von surrealen Erlebnissen mit Kollegen aus vorwiegend arabischen Staaten und einer „Absurdität“ des UN-Alltags. Die Gegner Israels verfügten über eine Dominanz in den UN, die sich in einer klaren Parteilichkeit der UN-Entscheidungen und Aktivitäten zeige. So seien in zahlreichen Fällen vermeintlichen Fehlverhaltens von Israel spezielle Untersuchungskommissionen der UN eingerichtet worden, um dieses Fehlverhalten zu untersuchen, während zugleich in vielen Staaten der Welt ganze Genozide verübt würden und ohne Konsequenzen blieben – Gold nannte in diesem Kontext den aktuellen Konflikt in Syrien, dem die UN genauso tatenlos zusähen wie dem Völkermord in Ruanda und jenem in Srebrenica.

Erschwerend käme hinzu, dass sich diese Einseitigkeit innerhalb der UN in einer einseitigen internationalen Berichterstattung widerspiegeln: Die Medien würden die Sicht Israels kaum oder zu wenig beachten, stattdessen sei die Berichterstattung über die Bombardierungen von Häusern in Gaza durch die israelische Armee ebenso irreführend gewesen wie diejenige über die „Hilfslieferungen“ mit Booten nach Gaza. In beiden Fällen habe sowohl die UN als auch internationale Medien in Berichten nachträglich einräumen müssen, falsch gelegen zu haben.

Problematisch hieran sei v.a. dass derartige nachträgliche Berichtigungen kaum mehr wahrgenommen würden. So sei bspw. der Goldstone-Bericht zum Gaza-Krieg einseitig und in Teilen schlichtweg falsch gewesen – insbesondere die Behauptung, Israel habe gezielt Zivilisten umbringen wollen. Dies habe Goldstone als Verfasser später auch einräumen müssen – allerdings sei diese Gegendarstellung in den Medien kaum aufgegriffen worden.

Aus der perzipierten Parteilichkeit der UN und ihres institutionellen Versagens in Fällen schwerwiegender Konflikte bis hin zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit habe Israel für sich die Konsequenz gezogen, sich nicht auf die UN als Schutzinstrument zu verlassen, sondern gründe seine gesamte Sicherheitsstrategie einzig auf der Bereitstellung eigener militärischer Kraft zur Selbstverteidigung.

Redaktion: Dr. Kristina Eichhorst